



Gemeinsame Pressemitteilung

Bundesverteidigungsministerium und Industrie stellen Zusammenarbeit auf neue Beine

Nachdem die Situation im Rüstungswesen zwischen Bundeswehr und Industrie vielfach öffentlich diskutiert worden ist, will man sich nun regelmäßig zu direkten Gesprächen sowohl auf Spitzenebene, als auch auf Fachebene treffen. Das haben Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) vereinbart.

„Bevölkerung und Parlament erwarten zurecht mehr Transparenz und Effizienz bei den Beschaffungsprojekten der Bundeswehr. Das externe Rüstungsgutachten hat schonungslos aufgezeigt, welche Probleme das Ministerium intern angehen muss. Wir wissen aber auch, dass wir die entscheidenden Schwachstellen, die dafür sorgen, dass Ausrüstung für die Soldaten häufig teurer und verspätet ankommt, nur gemeinsam mit der Industrie beheben können. Deswegen ist der heute startende Dialog ein wichtiger weiterer Schritt“, so Verteidigungsministerin von der Leyen.

Armin Papperger, Präsident des BDSV, ergänzte: „Der BDSV begrüßt einen offenen Dialog. Die Produkte der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie sind technologisch im weltweiten Vergleich führend. Sie trägt auch wesentlich zur im internationalen Maßstab hohen Verfügbarkeit der Systeme der Bundeswehr bei. Es besteht Handlungsbedarf für ein gemeinsames politisches Verständnis für eine europäische wehrtechnische Zusammenarbeit und in Exportfragen.“

Es wird auf Fachebene regelmäßige gemeinsame Expertenrunden zu Themen wie Vertragswesen, Projektmanagement im militärischen Beschaffungswesen, Einsatzbereitschaft sowie Zukunftsfähigkeit und Innovation geben. Bis Mitte 2015 sollen Experten beider Parteien gemeinsam konkrete Handlungsempfehlungen für effizientere und transparentere Prozesse im Rüstungswesen erarbeiten. Dazu gehört etwa ein gemeinsames Risikomanagement, das Bundeswehr und Industrie helfen soll, Zeit- und Kostenrahmen großer Projekte belastbarer und zuverlässiger als bisher zu planen.

Im Expertengutachten des Konsortiums um die Unternehmensberatergesellschaft KPMG, das der Verteidigungsministerin am 6. Oktober 2014 übergeben wurde, sind zahlreiche Mängel im Rüstungswesen der Bundeswehr aufgeführt.

Als Reaktion darauf hat das Bundesministerium der Verteidigung die Agenda Rüstung ins Leben gerufen. Ein bestimmendes Merkmal dieser Agenda ist eine neue Form der

Transparenz und damit auch der schnelleren und offeneren Kommunikation mit allen Beteiligten.

Am heutigen Treffen mit dem Vorstand des BDSV, der Interessenvertretung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, im Bendlerblock nahmen von Seiten des Ministeriums auch Rüstungsstaatssekretärin Katrin Suder sowie der Beauftragte Rüstung Gundbert Scherf teil.

Berlin 27.11.2014